

**Antragsbuch zum ordentlichen Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06. Juni 2020, ab 11.30 Uhr in der Stadthalle Lübbecke**

	<u>Thema / Titel</u>	<u>Antragssteller</u>	<u>Seite</u>
D-01	FDP OWL gegen geplante Erhöhung des Rundfunkbeitrages	Frank Schäffler MdB	2
A-01	Sichere Medikamentenversorgung	Dr. H.-Jürgen Knopf für den Bezirksvorstand	3
A-02	„Gesundheitsregion stärken, Innovationspotenzial erhöhen – Ausbau der medizinischen Fakultät durch ein Institut für Pharmazie“	Bezirksvorstand	5
A-03	Leitlinien für eine moderne Religionspolitik	Junge Liberale Ostwestfalen- Lippe	7
A-04	Deutsche Sprache schützen – „Gender“-Trend in der Sprache kritisch bewerten	Kreisverband Lippe	13
A-05	Vorfahrt für Digitalisierung - Berufliche Aus- und Weiterbildung 4.0	Kreisverband Lippe	14
A-06	Mit der Krise gewinnen - Digitalisierung konsequent weiterführen	Markus Wiesecke	16
A-07	Keine Fahrverbote für Motorräder an Sonn- und Feiertagen – wirksamer Lärmschutz für Anwohner durch ein faires Miteinander	Christian Sauter MdB für den Be- zirksvorstand	18

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 2

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **D – 01 FDP OWL gegen geplante Erhöhung des Rundfunkbeitrages**

2

3 **Antragsteller: Frank Schäffler MdB**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Die FDP spricht sich gegen die geplante Erhöhung des Rundfunkbeitrages aus.

8

9 **Begründung:**

10

11 Die Ministerpräsidenten der Länder haben sich am 12.3.2020 auf eine Erhöhung des Rund-  
12 funkbeitrages zum 1.1.2021 um 0,86 Euro auf dann 18,36 Euro verständigt. Die Landtage  
13 müssen dieser Vereinbarung noch zustimmen.

14 Eine Beitragserhöhung in der schwersten Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg passt nicht  
15 in die Zeit. In dieser Situation muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Ausgaben redu-  
16 zieren und der gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland anpassen.

17

18

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 3

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **A – 01 Sichere Medikamentenversorgung**

2

3 **Antragsteller: Dr. H.-Jürgen Knopf für den Bezirksvorstand**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 FDP Ostwestfalen-Lippe für Maßnahmenpaket zur Sicherung der Medikamentenversorgung  
8 in Deutschland

9

10 **Begründung:**

11

12 Medikamentenwirkstoffe bzw. Arzneimittel sind zunehmend nicht lieferbar. 2013 wur-  
13 den 42 Meldungen registriert, aktuell sind es knapp 300 - bei rund 103.000 zugelas-  
14 senen Arzneimitteln in Deutschland. Lieferengpässe bei Arzneimitteln haben in den  
15 vergangenen Jahren deutlich zugenommen: Von 40 Meldungen (2015) auf 81 Mel-  
16 dungen (2016), auf 108 Meldungen 2017 und auf 268 Meldungen im vergangenen  
17 Jahr. In diesem Jahr gab es bislang 216 Meldungen von Arzneimittellieferengpässen.  
18 Aktuell (25.02.) 277. Die Zahl der Meldungen zu Arzneimitteln, die als versorgungsre-  
19 levant eingestuft werden, liegen bei 139 im vergangenen Jahr und bislang 127 Mel-  
20 dungen in diesem Jahr.

21

22 Es gibt hauptsächlich 3 Gründe für Versorgungsproblematik:

23

24 1. Aus Kostengründen haben Pharmaunternehmen die Produktionsstätten meist  
25 nach China und Indien verlagert. Die Folge: Ein oder zwei Produzenten belie-  
26 fern den gesamten Weltmarkt. Dadurch steigt das Risiko für Engpässe.

27

28 2. Medikamente sollen kostengünstig sein. Krankenkassen schließen deshalb  
29 Rabattverträge mit Arzneimittelherstellern. Die Kasse zahlt nur die Medika-  
30 mente dieses Herstellers. Der gewährt dafür Rabatt. Andere Produzenten stel-  
31 len das Medikament nicht mehr her, weil ihnen der Absatzmarkt fehlt. Fällt der

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 4

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 Rabattvertragshersteller aus, kann das Versorgungsloch nicht mehr gestopft  
2 werden.

3  
4 3. Die hohen Standards in Europa. Bei dem kleinsten [Verdacht auf Verunreini-](#)  
5 [gungen](#) wird die Produktion und Auslieferung von Medikamenten angehalten.  
6 Die Folge: Lieferengpässe aufgrund des hohen Sicherheitsniveaus.

7  
8 Die Lösung des Problems kann nur durch ein Maßnahmenpaket erfolgen. Welche  
9 Maßnahmen erscheinen sinnvoll?

10  
11 1. Schaffung einer nationalen Arzneimittelreserve für versorgungsrelevante Me-  
12 dikamente.

13  
14 2. Erhöhung der Lagerkapazitäten

15  
16 3. Meldepflicht für Hersteller, die bereits bei einer Arzneimittelknappheit gilt

17  
18 4. Rückführung der Arzneimittelproduktion nach Europa

19  
20 5. Ggf. Abweichen von der Rabattbindung

21  
22 Die Corona-Pandemie hat die Abhängigkeit von funktionierenden Lieferketten und  
23 sicheren Zuliefern klar aufgezeigt. Es sind Strukturen zu schaffen, die diese Abhän-  
24 gigkeiten beenden.

25  
26 **Weitere Begründung mündlich.**

27

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 5

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **A – 02 „Gesundheitsregion stärken, Innovationspotenzial erhöhen – Ausbau der medi-**  
2 **zinischen Fakultät durch ein Institut für Pharmazie“**

3

4 **Antragsteller: Bezirksvorstand**

5

6 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

7

8 Die FDP in Ostwestfalen-Lippe setzt sich auf allen Ebenen für die Schaffung eines Instituts  
9 für Pharmazie als Erweiterung der medizinischen Fakultät für OWL als ideale Ergänzung des  
10 allgemeinmedizinischen Schwerpunktes ein.

11

12

13 **Begründung**

14

15 Die Einrichtung eines Studiengangs „Pharmazie“ ist eine ideale Ergänzung der medizini-  
16 schen Fakultät OWL an der Universität Bielefeld und der erste logische Schritt zur Erweite-  
17 rung des Angebotes und Stärkung der Gesundheitsregion OWL.

18

19 Derzeit ist in Deutschland an 22 Hochschulen ein Studium der Pharmazie möglich, in NRW  
20 bieten die drei Universitäten Bonn, Düsseldorf und Münster den Studiengang an. Die Apo-  
21 thekenkammer Westfalen-Lippe weist für 2017 mehr als 150 offene Stellen für approbierte  
22 Apothekerinnen und Apotheker in ihrem Gebiet aus und fordert seit einigen Jahren die Ein-  
23 richtung einer Pharmazieausbildung an der Universität Bielefeld. Es kann also von einer  
24 Nachfrage ausgegangen werden.

25

26 Fächer wie Pharmakologie, Physik und Chemie könnten für die Studiengänge Medizin und  
27 Pharmazie gemeinsam gelehrt werden. Es besteht die Chance, schon bei der Ausbildung die  
28 immer notwendiger werdende interdisziplinäre Zusammenarbeit von Arzt und Apotheker zu  
29 verzahnen. Der allgemeinmedizinische Schwerpunkt der Mediziner Ausbildung an der Univer-  
30 sität Bielefeld bietet zudem besondere Synergien zur Pharmazie, etwa im Bereich der Ver-  
31 sorgungsforschung und Betrachtung der Compliance bei der medikamentengeleiteten The-  
32 rapie von weit verbreiteten chronischen Krankheiten. Darüber hinaus erhöht ein Institut für

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 6

ANTRAG NR.

---

## Zeile

- 1 Pharmazie das Innovations- und Gründungspotenzial der Region, etwa bei der Forschung zu
- 2 neuen Therapien.
- 3
- 4

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 7

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **A – 03 Leitlinien für eine moderne Religionspolitik**

2

3 **Antragsteller: Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Für die FDP Ostwestfalen-Lippe sind aufklärerische Werte wie Meinungsfreiheit, Religions-  
8 freiheit, Individualismus, die Trennung von Staat und Kirche und die Freiheit von Forschung  
9 und Lehre oberste Maximen, an denen sie ihre politische Arbeit ausrichtet. Eingriffe in diese  
10 Grundrechte können nur mit einer gewichtigen Begründung und innerhalb enger Schranken  
11 durchgeführt werden.

12 Religionspolitik muss das Verhältnis der positiven Religionsfreiheit sorgfältig mit anderen  
13 Grundrechten, wie insbesondere der negativen Religionsfreiheit, austarieren. Im Folgenden  
14 stellt die FDP Ostwestfalen-Lippe Leitlinien für eine liberale Religionspolitik auf, um ebendies  
15 zu erreichen.

16

### 17 **1. Religiöse Symbolik im öffentlichen Raum**

18 Eine Art des Auslebens von Religion ist das Tragen spezifischer Kleidungs- oder Schmuck-  
19 stücke, wie zum Beispiel ein Kopftuch, eine Kippa oder eine Kreuzkette. Die FDP Ostwestfa-  
20 len-Lippe bekennt sich zum Recht jedes einzelnen, über seine Kleidung selbstbestimmt ver-  
21 fügen zu können. Pauschale Kleidungsvorschriften, wie ein **Vollverschleierungsverbot**,  
22 lehnt die FDP Ostwestfalen-Lippe in der Regel ab. Sie erkennt allerdings an, dass ein Voll-  
23 verschleierungsverbot an Orten, die konstitutiv auf persönlichen Kontakt angewiesen sind –  
24 wie zum Beispiel in Gerichten und an Hochschulen –, Sinn ergeben kann und auf gesetzli-  
25 cher Grundlage durchzusetzen ist.

26 Das Recht, frei über die eigene Kleidung zu verfügen, muss jedoch auch in die Richtung der  
27 negativen Religionsfreiheit sichergestellt werden. Es ist nicht abzustreiten, dass religiöse  
28 Kleidung nicht von jedem und jeder aus freiem Willen getragen wird. Insbesondere Kinder

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 8

ANTRAG NR.

## Zeile

1 und Frauen werden teilweise gegen ihren Willen zum Tragen religiöser Kleidung genötigt.  
2 Deswegen fordert die FDP Ostwestfalen-Lippe gezielte Angebote für Kinder und Jugendli-  
3 che, die sie über ihre Rechte aufklären und Unterstützung gegen jegliche Art der Unterdrü-  
4 ckung anbieten. Die FDP Ostwestfalen-Lippe fordert **einen Ausbau an Aufklärungsmaß-**  
5 **nahmen für Männer und Frauen jeden Alters, mit besonderem Fokus auf Kinder und**  
6 **Jugendliche**. Damit wird das Problem der Unterdrückung von Frauen ernsthaft bekämpft  
7 anstatt Symbolpolitik zu betreiben.

8 Bürger im öffentlichen Dienst handeln im Auftrag des Staates und sind somit der Neutrali-  
9 tätspflicht unterworfen. Da Deutschland ein weltanschaulich neutraler Staat ist, fordert die  
10 FDP Ostwestfalen-Lippe ein **Verbot von weltanschaulichen Symbolen für Beamte und**  
11 **Personen im öffentlichen Dienst**, wenn die betreffenden Personen in Kontakt zu Bürgern  
12 stehen.

13 Damit einhergehend fordert die FDP Ostwestfalen-Lippe ein Verbot von staatlich verordneten  
14 weltanschaulichen Symbolen in Schulen und anderen staatlichen Einrichtungen, wie zum  
15 Beispiel aufgehängte Kreuze.

16

## 17 **2. Religion in der Schule**

18 Aufgrund der Neutralitätspflicht des Staates muss der Staat die Religionsfreiheit für jede Re-  
19 ligionsgemeinschaft gleichermaßen sicherstellen. Genauso muss der Staat auch die soge-  
20 nannte negative Religionsfreiheit, die Freiheit von Religion, sicherstellen. Gerade Kinder und  
21 Jugendliche werden von ihren Eltern stark beeinflusst, was eine freie Meinungsbildung er-  
22 schwert.

23 Damit Kinder und Jugendliche die Religionsmündigkeit erreichen, müssen sie neutral über  
24 Religion aufgeklärt werden. Die FDP Ostwestfalen-Lippe ist der Ansicht, dass der richtige Ort  
25 für diese Art der Aufklärung die Schule ist. Da diese Aufklärung so neutral wie möglich sein  
26 muss, fordert die FDP Ostwestfalen-Lippe die **Ersetzung des konfessionellen Religions-**  
27 **unterrichts durch einen Ethikunterricht**, in dem grundlegende philosophische Konzepte  
28 besprochen werden. In diesem Unterricht ist sowohl Platz für eine neutrale Betrachtung ein-



# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 9

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 zelner Religionen als auch für eine objektive Betrachtung des Phänomens „Religion“ an sich,  
2 sowie die Erörterung weiterer philosophischer Fragestellungen. Dafür ist eine Änderung des  
3 Art. 7 III GG erforderlich. Solange diese Grundgesetzänderung noch nicht umgesetzt ist,  
4 fordert die FDP Ostwestfalen-Lippe die Umsetzung des **überkonfessionellen Religionsun-**  
5 **terrichtes** an nordrhein-westfälischen Schulen. Das Bildungsministerium soll bestehende  
6 Anstrengungen verstärken und noch umfassender und insbesondere flächendeckend ge-  
7 meinsam mit Religionsgemeinschaften die Rahmenbedingungen für einen solchen Unterricht  
8 nach dem Vorbild Hamburgs festlegen.

9 Die Religionszugehörigkeit von Schülern oder deren Eltern darf keinen Einfluss auf die be-  
10 suchten Schulfächer nehmen. Die Bildung des Kindes darf nicht aus religiösen Gründen in  
11 Gefahr gebracht werden. Deswegen begrüßt die FDP Ostwestfalen-Lippe die Entscheidung  
12 des Bundesverfassungsgerichts, dass religiöse Kleidungs Vorschriften keine Rechtfertigung  
13 für eine Befreiung vom Sportunterricht sind.

14

### 15 **3. Sonderrechtsstellung kirchlicher Träger**

16 Außerdem fordert die FDP Ostwestfalen-Lippe **die Abschaffung von Sonderrechten für**  
17 **kirchliche oder andere freie Träger**, wie beispielsweise eigene Tarifverträge oder Arbeits-  
18 rechtsbestimmungen, sofern die Einrichtungen unter dieser Trägerschaft nicht zu einem  
19 überwiegenden Teil (mindestens 51 Prozent Anteilseigentum) von den Trägern finanziert  
20 werden. Es kann nicht der Anspruch einer liberalen Gesellschaft und Politik sein, dass so-  
21 wohl Mitarbeiter als auch Nutzer dieser Einrichtungen von einem Arbeitgeber eingeschränkt  
22 werden können, wenn der Großteil der Finanzierung von der Öffentlichkeit getragen wird. Die  
23 FDP Ostwestfalen-Lippe fordert daher die rechtliche und tarifliche Gleichstellung der Einrich-  
24 tungen unter kirchlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft, sofern die Finanzierung dieser  
25 Einrichtungen nicht zu einer Mehrheit von den Trägern geleistet wird. Für faktisch öffentliche  
26 Einrichtungen muss auch öffentliches Recht gelten.

27

28

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 10

ANTRAG NR.

---

## Zeile

### 1 **4. Diskriminierung aufgrund von Religion**

2 Die FDP Ostwestfalen-Lippe begrüßt die Entscheidung des EuGH, die es Weltanschauungs-  
3 gemeinschaften verbietet, aufgrund von Religion pauschal zu diskriminieren. Konfessionszu-  
4 gehörigkeit sollte nur verlangt werden können, wenn es objektiv geboten ist, wie zum Bei-  
5 spiel bei Priestern.

6

### 7 **5. Administrative Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften**

8 Durch die Anerkennung von Religionsgemeinschaften als Körperschaft öffentlichen Rechts  
9 vermischen sich administrative Tätigkeiten des Staates und der Kirchen. Um Staat und Kir-  
10 che auch im administrativen Bereich zu trennen, forde die FDP Ostwestfalen-Lippe die Über-  
11 führung von Religionsgemeinschaften von Institutionen des öffentlichen Rechts zu privat-  
12 rechtlichen Institutionen, wie beispielsweise gemeinnützigen Vereinen. Dadurch entfällt unter  
13 anderem die Pflicht des Staates, die sogenannte Kirchensteuer sowie Kirchenaustrittsgebüh-  
14 ren erheben zu müssen. Darüber hinaus fordert die FDP Ostwestfalen-Lippe, dass sich das  
15 Land Nordrhein-Westfalen mit der katholischen Kirche auf ein Ende des Staatskirchenver-  
16 trags verständigt. Es sollen keine neuen Staatskirchenverträge abgeschlossen werden. Die  
17 FDP Ostwestfalen-Lippe fordert eine Bundesratsinitiative, um eine Ablöseregelung für  
18 Staatsleistungen zu erreichen, wie im Grundgesetz vorgesehen. Darüber hinaus fordert sie,  
19 dass staatliche Entscheidungen – etwa in Bezug auf Asylanträge – auch gegenüber Kirchen  
20 ausnahmslos durchgesetzt werden.

21

### 22 **6. Körperliche Unversehrtheit**

23 Die körperliche Unversehrtheit von Kindern darf unter keinen Umständen für religiöse oder  
24 kulturelle Zwecke in Gefahr gebracht werden. Deswegen fordert die FDP Ostwestfalen-Lippe  
25 ein **Verbot für jede Art permanenter Veränderungen der Körper von Kindern** aus religiö-  
26 sen oder kulturellen Gründen. Ab Eintritt der Religionsmündigkeit sollen Minderjährige über  
27 permanente Veränderungen ihres Körpers selbstbestimmt entscheiden können.

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 11

ANTRAG NR.

---

## Zeile

### 1 **7. Gotteslästerung**

2 Die FDP Ostwestfalen-Lippe fordert die **Abschaffung des §166 StGB** (Gotteslästerung).  
3 Persönliche Beleidigungen können im Rahmen der Ehrdelikte des StGB zur Anzeige ge-  
4 bracht werden. Es gibt keinen Bedarf für eine Regelung für die Beschimpfung von „Bekennt-  
5 nissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen“.

6

### 7 **8. Sonderrechte im Rundfunk**

8 Kirchen sind in vielen Rundfunkräten im Gegensatz zu anderen Weltanschauungsgemein-  
9 schaften übermäßig stark vertreten. Außerdem haben Kirchen das Anrecht auf kostenlose  
10 Sendezeit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die FDP Ostwestfalen-Lippe fordert deswegen  
11 die **Abschaffung jeglicher Sonderrechte der Kirchen im öffentlichen Rundfunk** und eine  
12 Überprüfung mit eventueller **Neubewertung der Sitzverteilung in nordrhein-**  
13 **westfälischen Rundfunkräten**, um die angemessene gesellschaftliche Repräsentation zu  
14 gewährleisten.

15

### 16 **9. Feiertage**

17 Die FDP Ostwestfalen-Lippe fordert als Konsequenz der Pluralisierung und Säkularisierung  
18 der deutschen Gesellschaft eine Reform der Feiertagsgesetze der Länder dahingehend,  
19 dass nicht mehr christliche, sondern vielmehr gesellschaftlich relevante Tage die Mehrheit  
20 der gesetzlichen Feiertage darstellen sollen. So sind einerseits der Ostersonntag und die  
21 Weihnachtsfeiertage als Tage von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung beizubehalten, je-  
22 doch die weiteren religiösen Feiertage aufgrund ihrer sinkenden Bedeutung für die Mehrheit  
23 der Bevölkerung zugunsten von gesellschaftlichen Feiertagen zu ersetzen. Zu denken wäre  
24 in diesem Zusammenhang z.B. an den 23. Mai als Tag des Grundgesetzes, den 27. Januar  
25 als Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz oder den 9. November als Tag  
26 sowohl des Mauerfalls als auch der Reichspogromnacht. Zudem soll im Rahmen einer all-  
27 gemeinen Reform der deutschen Feiertage eine grundsätzliche Angleichung der Anzahl der

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 12

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 Feiertage in den verschiedenen Bundesländern erfolgen. Daneben fordert die FDP Ostwest-  
2 falen-Lippe eine ersatzlose **Streichung des Tanzverbotes** an stillen Feiertagen.

3

4 **Begründung: erfolgt mündlich.**

5

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 13

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **A – 04 Deutsche Sprache schützen – „Gender“-Trend in der Sprache kritisch bewerten**

2

3 **Antragsteller: Kreisverband Lippe**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Die Freien Demokraten wollen die deutsche Sprache schützen und fordern ein, weder Zeit-  
8 geist noch politischen Einfluss zur Grundlage für die Weiterentwicklung der deutschen Spra-  
9 che zu machen. Wir fordern insbesondere öffentliche Einrichtungen und Institution wie Schu-  
10 len, Universitäten und Verwaltungen sowie andere auf, die gültigen Regeln der Rechtschrei-  
11 bung und Grammatik umzusetzen, ohne Schreibweisen mit sog. „Gendersternchen“ oder  
12 „Gendergap“.

13

14 **Begründung:**

15

16 Die Gleichberechtigung von Mann und Frau steht außer Frage. Zu entscheiden ist aber zwi-  
17 schen dem sprachlichen (grammatikalischen) Geschlecht und dem biologischen Geschlecht.

18

19 Der Trend aber zu immer weiteren sprachlichen Veränderungen, insbesondere der geschrie-  
20 benen Sprache aber auch der gesprochenen Sprache, nimmt zu. Besonders aus gewissen  
21 politischen und sozialen Umfeldern wird zum Teil ein regelrechter Zwang zum sog.  
22 „Gendern“, also der Schreibweise abseits der gültigen Rechtschreibungsregeln nach der,  
23 dem sozialen Geschlecht gerechten Schreibweise, abverlangt.

24

25 Die zunehmende Verwendung der sog. „gendergerechten“ Sprache hat massiven Einfluss  
26 genommen. Rein praktisch nimmt die Lesbarkeit solcher „gegenderten“ Texte deutlich ab,  
27 verwischt die Eindeutigkeit der deutschen Sprache und hilft insbesondere auch nicht, Lese-  
28 und Schreibanfängern sprachlich korrekte Grundlagen zu vermitteln.

29

30 Die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat das „Schreiben nach Hören“  
31 berechtigterweise aus didaktischen und letztlich auch aus sprachlichen Gründen an den  
32 Grundschulen abgeschafft. Die im Antrag formulierte Forderung ist deshalb folgerichtig.

33

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 14

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **A – 05 Vorfahrt für Digitalisierung - Berufliche Aus- und Weiterbildung 4.0**

2

3 **Antragsteller: Kreisverband Lippe**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Die zuständigen Stellen auf Landes- und Bundesebene werden aufgefordert, den aktuellen  
8 Stand der Anpassung von beruflicher Aus- und Weiterbildung an die Arbeitswelt 4.0 zu eva-  
9 luieren und im Anschluss angemessene Maßnahmenkataloge zu einer signifikanten Pro-  
10 zessbeschleunigung zu erarbeiten sowie den jeweiligen politischen Entscheidungsorganen  
11 vorzulegen. Zu überprüfen wären insbesondere:

12

13 1) Digitale Infrastruktur

14 2) Ausbildungsordnungen

15 3) Digitale Formen der Wissensvermittlung

16 4) Möglichkeit "neuer" Ausbildungsberufe

17 5) Fortbildungsmöglichkeiten und-verpflichtungen für Lehrpersonal und Berufsausbilder

18 6) Förderungsmöglichkeiten für ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen (inner- und au-  
19 ßerbetriebliche Fortbildung)

20 7) Coaching für Unternehmen

21 8) Anpassung von Arbeitsmarktinstrumenten an die Arbeitswelt 4.0 - inhaltlich und formal

22 9) Möglichkeiten zum Erwerb von Teilqualifikationen

23

24

25 **Begründung:**

26

27 Die fortschreitende Digitalisierung in allen Berufsfeldern macht es nötig, sowohl altherge-  
28 brachte Ausbildungswege neu zu denken, didaktisch und fachlich an die sich kontinuierlich  
29 veränderte Jobrealität anzupassen, als auch umfangreiche Möglichkeiten zu einer entspre-

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 15

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 chenden Fort- und Weiterbildung für Arbeitssuchende und Beschäftigte zu gewährleisten.  
2 Darüber hinaus ist es unabdingbar auch Ausbilder, Lehrpersonal und Entscheider in Unter-  
3 nehmen "mitzunehmen" und für die neuen Möglichkeiten sowie für die Notwendigkeiten einer  
4 Weiterentwicklung bestehender Strukturen zu begeistern. In NRW sind wir dank unserer  
5 Schulministerin Yvonne Gebauer, die zweifellos auch als Botschafterin der Digitalisierung im  
6 schulischen Bereich nachhaltig wirkt, schon auf einem guten Weg. Und unser Digitalminister  
7 Andreas Pinkwart ist ein personifizierter Fortschrittsbeschleuniger. Nichtsdestotrotz muss  
8 aber vor allem auch auf Bundesebene und insbesondere gemeinsam mit der Agentur für  
9 Arbeit, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und anderen Stakeholdern nach Wegen ge-  
10 sucht werden, bestehende Instrumente weiterzuentwickeln und neue Ideen zu verwirklichen.  
11 Gerade im Bereich der beruflichen Weiterbildung wäre es zum Beispiel notwendig, aktiv da-  
12 rauf hinzuwirken, das Angebotsspektrum zu erweitern. Hierzu gehört zweifellos auch, die  
13 Vorgaben für Weiterbildungsangebote sowie die Vergütungssätze entsprechend anzupas-  
14 sen. Digitalisierung ist für Liberale eine Herzensangelegenheit und wir wissen, dass es um  
15 deutlich mehr geht als um Tech-Start-ups. Wir sind in der Verantwortung, allen Arbeitnehme-  
16 rinnen und Arbeitnehmern zu ermöglichen, in der neuen Arbeitswelt zu bestehen und auf  
17 diesem Wege auch Ängste vor der neuen Wirklichkeit abzubauen. Wie wichtig eine konse-  
18 quente Digitalisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung ist, wird in der aktuellen  
19 Corona-Pandemie mehr als deutlich. Dabei geht es nicht nur um die zu vermittelnden Aus-  
20 bildungsinhalte, sondern auch um die Art und Weise der Vermittlung.  
21

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 16

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **A – 06 Mit der Krise gewinnen - Digitalisierung konsequent weiterführen**

2

3 **Antragsteller: Markus Wiesecke**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 Wir Freien Demokraten sehen in der Digitalisierung große Chancen, das Erreichen der Kli-  
8 maziele nachhaltig zu unterstützen – durch eingesparte Fahrten zu Arbeit, Verwaltungen  
9 aber auch zu Präsenzveranstaltungen der Politik. Familien können mehr Zeit gemeinsam  
10 verbringen, wenn die Eltern weniger Zeit für Fahrten aufbringen müssen.

11

12 Bedingt durch den in der „Corona-Krise“ verordneten Lockdown wurde oftmals auf digitale  
13 Lösungen als „Ausweichmaßnahme“ zurückgegriffen. Diese hatten in vielen Fällen einen  
14 zeitweiligen Charakter. Ohne weiteres wird perspektivisch also wieder in die Zustände vor  
15 der Krise zurückgefallen. Jedoch liegen in diesen Maßnahmen vielfach auch Chancen und  
16 Möglichkeiten, andere Ziele zu erreichen.

17

18 Allerdings hat die Krise insbesondere diejenigen hart getroffen, bei denen nur schlechte In-  
19 ternetanbindungen zur Verfügung stehen. Gerade für die vielfach veranstalteten Videokonfe-  
20 renzen ist der „Upstream“, also die Verbindung vom heimischen Router ins Internet oftmals  
21 zu schwach. Deshalb fordern wir mittelfristig einen Rechtsanspruch auf einen flächende-  
22 ckenden, kabelbasierten Internetanschluss mit mindestens 100MBit im Down- und 50MBit im  
23 Upstream. Internetanschlüsse müssen weniger „asynchron“ werden, d.h. das Verhältnis vom  
24 Up- zum Downstream muss besser werden. Internet entwickelt sich zunehmend vom kon-  
25 sumierenden, auf den „Download“ ausgerichteten zum interaktiven Medium. Deshalb schla-  
26 gen wir vor, dass zukünftig maximal nur noch ein Verhältnis von 1:2 förderfähig ist, d.h. ein  
27 100MBit-Anschluss im Downstream muss mindestens 50MBit Upstream bieten. Kabelge-  
28 bundene Anschlüsse dürfen nur noch gefördert werden, wenn sie auf zukunftssicheren  
29 Technologien, also insbesondere auf Glasfaser basieren. Gleichzeitig soll die Förderpraxis  
30 möglichst unbürokratischer und marktwirtschaftlicher als bisher erfolgen – Basis könnte hier  
31 das britische Gutscheinmodell sein. Diese Bandbreiten sind ferner im „Backbone“ in einem  
32 vernünftigen Verhältnis zu garantieren, da hier oftmals, wie sich nunmehr in der Krise eklä-



# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 17

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 tant gezeigt hat, gespart wird. Auch der 5G-Ausbau ist zügig flächendeckend, bis an jede  
2 Milchkanne, zu forcieren.

3

4 Viele Arbeitnehmer konnten Ihre Tätigkeit, auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung, aus  
5 dem „Homeoffice“, also dem Arbeitsplatz im Bereich der eigenen Wohnung, ausführen. Es ist  
6 bereits Beschlusslage der FDP, ein Recht auf Homeoffice zu fordern, wo dies möglich ist.

7 Wir wollen die Erkenntnis aus der Krise zunutzen, da diese bewiesen hat, das dies vielfach  
8 möglich ist.

9 Öffentliche Verwaltungen werden dazu angehalten, Ihre Dienstleistung bzw. ihre Interaktion  
10 mit dem Bürger auch als digitale Kommunikation bis zum Videotelefonat bzw. Videokonfe-  
11 renz anzubieten. Natürlich muss es auch weiterhin möglich sein, direkt und persönlich zu  
12 interagieren.

13 Ungelöst ist bisher vielfach die Absicherung der Kommunikation von Bürgern und Unterneh-  
14 men mit der Verwaltung, wie sich auch während der Krise gezeigt hatte, als Betrüger die  
15 Zahlungen an Unternehmen teilweise auf ihre eigenen Konto umleiten konnten. Hier müssen  
16 die aufgedeckten Lücken schnellstmöglich, aber sorgfältig, behoben werden.

17

18 Radikal verändert hat sich auch die Arbeitsweise der Politik, viele Sitzungen haben nur „vir-  
19 tuell“ als Videokonferenz stattgefunden. Dies wurde in der Krise geduldet, formale Beschlüs-  
20 se und Wahlen sind auf diesem Weg bisher nicht rechtskonform möglich. Hier setzen wir uns  
21 dafür ein, das solche virtuellen Sitzungen, auch wenn wir gleichzeitig den Sinn und die Not-  
22 wendigkeit von periodischen Präsenzsitzungen unterstreichen, auch formal verankert und  
23 durch weitere Technologien, die auch entsprechende Abstimmungen und Wahlen ermögli-  
24 chen, ergänzt und weiterreichend ermöglicht werden. Dies rüstet uns gleichzeitig für den  
25 Fall, dass wir eine ähnliche Krise in der Zukunft durchlaufen müssen.

26

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 18

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 **A – 07 Keine Fahrverbote für Motorräder an Sonn- und Feiertagen – wirksamer Lärm-**  
2 **schutz für Anwohner durch ein faires Miteinander**

3

4 **Antragsteller: Christian Sauter MdB für den Bezirksvorstand**

5

6 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

7

- 8 1. Feststellung: Die Entschließung des Bundesrates vom 15.05.2020 ist unverhältnis-  
9 mäßig, da sie im Falle Ihrer Umsetzung Motorradbesitzern die Nutzung ihres recht-  
10 mäßig erworbenen und in Betrieb gesetzten Eigentums pauschal einschränken wür-  
11 de.
- 12 2. Pauschale Fahrverbote für Motorräder an Sonn- und Feiertagen werden deshalb ab-  
13 gelehnt. Auch eine zeitliche Beschränkung ist dahingehend abzulehnen.
- 14 3. Die geforderten Schallemissionsgrenzwerte von 80 dba über alle Fahrsituationen  
15 hinweg für Neufahrzeuge sind unrealistisch und werden abgelehnt.
- 16 4. Maßnahmen, die ein faires Miteinander zwischen berechtigten Lärmschutzinteressen  
17 von Anwohnern an stark frequentierten Strecken, betroffenen Kommunen und den  
18 Motorradfahrern sicherstellen, sind ausdrücklich zu begrüßen und zu fördern (Dialog-  
19 displays, Lärmschutzaktionen, etc.). Maßnahmen, die die Polizeibehörden organisa-  
20 torisch und technisch befähigen, wirksam Kontrollen durchzuführen, um die vom Ge-  
21 setzgeber derzeit geltenden Schallgrenzwerte zu kontrollieren, sind zu unterstützen.

22

## 23 **Begründung:**

24 Motorradfahren erfreut sich starker Beliebtheit und ist Ausdruck individueller Freiheit und  
25 fester Bestandteil des motorisierten Individualverkehrs. Etwa 4,51 Millionen Motorräder sind  
26 in Deutschland zugelassen. Neben einer Vielzahl an Fahrten zur Freizeitgestaltung werden  
27 auch tägliche Bedarfsfahrten durchgeführt. Das unterstützen wir Freie Demokraten und wol-  
28 len das weiter uneingeschränkt im Rahmen der geltenden Vorschriften ermöglichen.

# Bezirksparteitag der FDP Ostwestfalen-Lippe am 06.06.2020 in Lübbecke

Seite 19

ANTRAG NR.

---

## Zeile

1 Neben positiven Aspekten des Motorfahrens ergeben sich durch Lärmemissionen auch ne-  
2 gative Aspekte für Anwohner, insbesondere an stark befahrenen Strecken. Die berechtigten  
3 Lärmschutzinteressen dieser Anwohner gilt es auch Rechnung zu tragen. Allerdings ist fest-  
4 zuhalten, dass sich die überwiegende Anzahl der Motorradfahrer an die Vorschriften hält und  
5 eine kleine Minderheit dies nicht beachtet, was letztendlich das Problem darstellt.

6 Mit Entschließung des Bundesrates am 15.05.2020 haben die Länder mehrheitlich die Bun-  
7 desregierung aufgefordert, zum Zwecke des Lärmschutzes neben anderen Maßnahmen  
8 auch Fahrverbote für Motorräder an Sonn- und Feiertagen zu prüfen. Konkret werden Maß-  
9 nahmen „für besondere Konfliktfälle Geschwindigkeitsbeschränkungen und zeitlich be-  
10 schränkte Verkehrsverbote an Sonn- und Feiertagen aus Gründen des Lärmschutzes“ gefor-  
11 dert. Diese Fahrverbote sind unverhältnismäßig und diskriminierend. Hinzu kommen gemäß  
12 Bundesrat-Entschließung Forderungen nach weiteren Auflagen (Fahrtenbuch etc.) und unre-  
13 alistischen Grenzwerten.

14 Motorradfahrten zum Zwecke der Freizeitgestaltung finden überwiegend an Wochenenden  
15 und an Feiertagen statt. Berufstätigen ist es oftmals auch nicht anders möglich, ihrem Hobby  
16 nachzugehen. Ein Fahrverbot käme somit auch einer massiven Einschränkung der Nutzung  
17 des Kraftfahrzeugs gleich, für das die Halter dann weiterhin die volle Höhe der Kraftfahr-  
18 zeugsteuer leisten müssten.

19 Durch die durch den Bundesrat vorgenommene Verschärfung wird das Fehlverhalten weni-  
20 ger Motorradfahrer genutzt, um sämtliche Motoradfaher pauschal einzuschränken. Das ist  
21 unverhältnismäßig. Insbesondere Bündnis90/Grüne haben die Ursprungsinitiative aus NRW  
22 massiv im Bundesrat verschärft. Hierbei zeigte sich erneut die Kampagne der Grünen gegen  
23 den motorisierten Individualverkehr. Wir Freie Demokraten lehnen das entschieden ab. Wir  
24 wollen keine weiteren Verbote sondern die Eigenverantwortung stärken.

25 **Weitere Begründung erfolgt mündlich**